

Die Halle überflüssig bei postmöglicher Anstellung 2,50 M. durch die Post 2,25 M. anschl. Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Alle unterlagene eingehende Manuskripte mit feiner Gerüst überkommen. Rücksende nur mit Quittungsbogen: "Galle-Bez." gefaltet.

Bestandteile der Redaktion Nr. 1149; der Abonnementabteilung Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Ständebürgerlicher Jahrgang.

wenden die Spaltenpreise über dem Raum mit 30 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Mühlstraße 63, I sowie von anderen Annoncenstellen aus allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntheit die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags amal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Mühlstraße 63, I; Telephon Nr. 591 u. 176.

Iswolskis Missionen.

(Ruhland regt sich.)

E. P. Ein Pariser Blatt knüpft kürzlich an den Aufenthalt des russischen Ministers des Aeußeren in Paris die Worte: "Iswolski in Paris — das ist keine gute Nachricht!" Als russischer Minister des Aeußeren hat er auch nicht einen Augenblick aufgehört, so agitierten und überall Schwierigkeiten zu bereiten, wobei er seine Verbindungen in Unannehmlichkeiten verwickelte. Diese Aeußerung — es ist der "Eclair", der also schrieb — muß eigentlich in Anbetracht der herzlichen Beziehungen zwischen beiden Mächten einermäßen in Erstaunen setzen, und wir können nur annehmen, daß in einem Augenblick richtiger Selbsterkenntnis dem französischen Blatt diese Erleuchtung gekommen ist. Denn Iswolski ist in der Tat derjenige gewesen, der seinerzeit Frankreich mit hinein in die ersten Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gerissen hat. An der energischen Haltung des Deutschen Reichs und dem Ruhestreben des weitans größten Teils des französischen Volkes allein hat es damals gelegen, daß im Osten Europas nicht die Kriegsschale auflockerte. Gerüchte gingen, Iswolskis Einfluß und Tätigkeit hätten infolge dessen ein Ende genommen. Man sprach sogar schon davon, daß dieser Staatsmann für den Berliner Botschafterposten bestimmt sei. Alle diese Kombinationen erwiesen sich jedoch als falsch; Iswolskis Einfluß ist gefestigt denn je! Und er ist in der Tat an der Arbeit, die politischen Fäden der im nahen und fernen Orient „am meisten interessierten“ Mächte noch fester zu knüpfen, als es schon in der Natur der Sache liegt. Hierzu liegen folgende Nachrichten aus Paris vor:

Eine Unterredung der auswärtigen Minister von Frankreich und Rußland, Bichon und Iswolski, fand im Ministerium des Aeußeren zu Paris statt. Aus dem Inhalt der Unterredung sind in diplomatischen Kreisen nur Vermutungen im Umlauf. Pariser Korrespondenten russischer Blätter wollen erfahren haben, daß die beiden Staatsmänner sich u. a. mit neuen Bedingungen für eine petrische Ariehe befaßt haben und daß zu der schwebenden Angelegenheit der Konzession für die Schiffsahrt auf dem Arma-See Stellung genommen wurde.

Ueber eine Einladung Iswolskis nach Biarritz zum Besuche König Eduards war Nachrichtliches nicht zu erfahren. Für möglich hält man eine Begegnung Iswolskis mit dem sich nach Paris begebenden neuen italienischen Botschafter Tittoni auf einer Station der Mittelmeerküste.

Die Vermutungen diplomatischer Kreise in bezug auf die gemeldete Unterredung dürften bald durch die Konversationen erhärtet werden. Die wirtschaftliche und politische Lage Persiens bedarf, nachdem die Ruhe im Lande der iranischen Monarchie notwendig wiederhergestellt ist, dringend einer Förderung. Rußland und England waden in dieser Hinsicht einflussreich über einander, und es wäre bereits zu offener Gegnerschaft zwischen beiden Großmächten gekommen, wenn nicht die Rivalität des deutschen Handels und der deutschen Industrie die Konkurrenten immer wieder neu neuem eide. Der Urmiaee in der fruchtbareren Provinz Aserbeidschan nahe der türkisch-russischen Grenze bezieht die Interessen der Pforte in gleicher Weise, wie diejenigen Rußlands, und man weiß, daß das Deutsche Reich die Entwidlung der Türkei, schon in Anbetracht der Wagnisbahn, auch nach dieser Seite hin unter allen Umständen fördern muß. Was Frankreich anbetrifft, so hofft man russischerseits offenbar auf die Beteiligung französischen Kapitals zur Festigung seiner Stellung in Persien. Frankreichs Geld soll auch hier wieder einmal herhalten! So wird denn Iswolskis Reise in das westliche Europa für jeden politischen Denker verständlich.

Daß der russische Staatsmann event. mit König Eduard und dem franzosenfreundlichen italienischen Botschafter gleichfalls wichtige Unterredungen haben wird, diese, als möglich bezeichnete Meldung, möchten wir sogar für sicher halten, denn sie paßt ganz in den Rahmen der neuesten russischen Aktionen, die sich nicht nur auf den nahen Orient beschränken, sondern augenblicklich drauf und dran sind, die lange geschnittenen Flügel von neuem zu kräftigern, weiterem Fluge zu spannen. Welleucht auch, daß die Mittelmeer eine solche Ausprägung dringend erheischt! Italien ebenfalls dürfte aus diesem Grunde mehr denn je geneigt sein, die Wladungen von Raconigot zu erweitern, und daß England nicht gerade freundschaftlich auf den treuen Bundesgenossen des deutschen Rivalen blickt, ist selbstverständlich. Frankreich aber, von dem wir wissen, daß es stets für Oesterreich-Ungarn herzhafte Gefühle übrig gehabt hat, wird allerdings bei diesem neuesten Vorstoß der russischen Politik in einige Verlegenheit kommen, und hieraus erklärt sich wohl auch der oben mitgeteilte, nicht gerade Rußland freundliche Erguß des Pariser Blattes, Bichon

muß also seine Hauptaufgabe darin sehen, Del in die hochgehenden Wogen russischer Orientpolitik zu gießen; er wird dies um so lieber tun, als er weiß, daß zwischen Berlin und Rom Verhandlungen stattgefunden haben bezugs Erhaltung des Status quo der italienischen Besetzungen in Afrika. Wäre Delcassé noch am Ruder, Rußland hätte leichteres Spiel. Nun aber ist eine Politik der Mäßigung von Seiten Frankreichs eine wirksamere Friedensgarantie, als die mannigfachen Zusammenkünfte europäischer Staatsoberhäupter und — Roosevelt's Triumphzug vom Mittelmeer bis zum Atlantischen Ozean. Sicherlich hängt mit der neuen Regierung der Moskowiter eine Veränderung in den diplomatischen Elementen des zarischen Zusammen, die wieder einmal von Petersburg aus lanciert wird. Iswolski soll zum Botschafter in Rom ernannt werden, während der gegenwärtige Botschafter dajestoff, Fürst Dolgorudi, auf den Pariser Posten veretzt wird. Keidow erhält seinen Abschied. Zum Nachfolger Iswolskis ist Staatsrat Stajonoff, jetziger Gouverneur der Provinz Wladimir, bestimmt. Iswolski in Rom — das bedeutet nichts Gutes für den Dreifund!

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 20. April, 12 Uhr.

Die erste Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt.

Abg. Enders (fortschr. Vg.):

Die Vorlage enthält einige sehr wertvolle Bestimmungen, derenhalten ich ein Scheitern oder auch nur eine Verhinderung der Vorlage sehr bedauern möchte. So die Sinterbesenen-Versicherung, so aber auch die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Aber auch deren Ausbeziehung auf die Hausarbeiter ist bringen. Daß der Entwurf diese Maßnahme für die Heimarbeiter bringt, ist freudig zu begrüßen. Auch der vorgeschlagene Weg dazu erscheint mir gangbar, wenn ich auch die Schwierigkeiten dabei nicht verkenne. Eine zeitliche Lösung der Frage wird sich vielleicht nicht so leicht ermöglichen lassen, weil die Heimarbeiter nicht immer mit Wöhnen befaßt werden, sondern mit Breisen. Leider sieht der Entwurf die Aufnahme der Heimarbeiter in die Landrentenstellen vor. Solange Mughan hat schon erklärt, daß wir diese Art Renten überhaupt ablehnen. Und weshalb gerade auch die Hausarbeiter in die Landrenten gehören sollen, statt in die Ortsrenten, ist gar nicht abzusehen. Auf jeden Fall, damit will ich bestehen, halten wir diesen Teil des Entwurfes, den über die Heimarbeiter, für eine hochbedenkliche Aufgabe, für eine Aufgabe, die unter allen Umständen gestift werden muß, mag das Schicksal der Vorlage auch sonst sein, wie es wolle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soq.):

Die Regierung ist in der Vorlage vielfach den Wünschen der Berufsgenossenschaften in besonderer Maße entgegengekommen. So in der Frage der Reiterrenten, weiter durch Ausschaltung des Kontrollrats des Versicherungsamtes über die Unfallversicherungsrichtlinien und in anderen Fragen. Auch sonst hat man bereitwillig Unternehmenswünsche erfüllt, namentlich auch die des Zentralverbandes in Bezug auf Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge. Unwillig ist, wie ich jetzt die Agrarier und die Herren vom Zentralverband der Industriellen zusammengekommen haben. Die Intimität mag wohl dadurch mit bebingt sein, daß die Agrarier nicht allein die Nationalliberalen im Geuß des Reichsfonds des Zentralverbandes wissen, sondern vielleicht auch Gölle desselben sein wollen. Sonst wäre doch ein solches Zusammengehen zwischen Industrie und Agrariern in den Zeiten des Parteienbundes unerlässlich. Dem einseitigen Unterbau, wie ihn der Entwurf vorsieht, stehen wir im allgemeinen nicht ablehnend gegenüber, denn die Versicherungsämter würden befreit sein, die dauernd mit der Arbeiterversicherung zu tun haben und sich in die einschlägigen Fragen vertiefen können. Nur die Organisation müßte eine andere sein, die Elemente A, B, die über den Unfall entscheiden, müßten auch die Renten festzusetzen haben. Zu der Aufrechterhaltung der Landes-Versicherungsämter liegt gar kein Anlaß mehr vor, sie gefährdet nur die Einheitspolitik der Reichspräsident. Die Landesversicherungsämter neben dem Reichsversicherungsamte als Revisions- und Rekurrsinstanz werden namentlich die Einheitspolitik in der Reichspräsident über Höhe der Renten und über Renten-Abrechnung beinträchtigen. Bei der Krankenversicherung will man zum Schaden der Selbstverwaltung den Arbeiter ganz ohne Not ein altes Recht, das sie Jahrzehnte besaßen, nehmen. Weselnde bei den Krankentafeln sind nicht erwiesen; aber ist dies der Fall bei den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsämtern. Sogar die „Deutsche Arbeitgebertzeitung“, die sonst den Arbeiterforderungen nicht feindselig gegenübersteht, hat am 3. April in der Frage der Halbierung der Beiträge und der Selbstverwaltung der Renten und ihrer Vorräte sich sehr verständnislos ausgesprochen. In der Halbierung der Beiträge und der damit verknüpfte Erteilung größerer Rechte an die Unternehmer ist „eine Benachteiligung der Arbeiter“ zu erblicken. Das Blatt sagt zum voraus: man soll die Krankentafeln überhaupt den Arbeitern überlassen! Für „politische“ Mißbräuche bei den Ortsrenten ist ernstliches Material überhaupt nicht erbracht worden. Und was die freie Artzwahl anlangt, so müet man diese zwar den Ortsrenten zu, aber glauben Sie wohl, daß die Berufsgenossenschaften es sich gefallen lassen, wenn ihnen die Vergütung und der Velger Verband mit solchem Ansehen kommen wollten?! Zu bebauern ist die Beibehaltung der Betriebsrentenstellen. Ihre Leistungen sind ja größer als die der Ortsrenten. Aber woran

liegt das? Alle Arbeiter fucht der Betrieb auszuweichen und vor der Aufnahme wird der Arbeiter auf seine Gesundheit untersucht; man will nur möglichst tüchtige und junge Arbeiter haben. Da ist es natürlich, daß die Betriebsrente, weil weniger in Anspruch genommen, mehr leisten kann. Schaffen Sie eine einheitliche Rentenzuganstellung, dann wird sich auch bereit, die „freien“ Renten auszuheben. Solange aber die einheitliche Organisation fehlt, darf auf den freien Renten das Zelen nicht noch erweitert werden, wie das der Entwurf will. Den Streit zwischen Kosten und Vergütungen behauern auch wir. Ich selbst bin sogar Anhänger der freien Artzwahl. Aber die Forderungen der Vergütung müssen sich in Grenzen halten, die den Renten die Erfüllung ihrer Pflichten nicht unmöglich machen. Und das trifft für die Forderungen des Leipziger Verbandes nicht zu. Vorherhin muß ich den Vergütungen auch, daß sie für die freie Artzwahl gegenüber den Berufsgenossenschaften nicht mit der Entschiedenheit eintreten wie gegenüber den Krankentafeln.

Abg. Ding (Reichsp.):

Die Vorlage hat eine so verheerendartige Kritik gefunden im Hause und außerhalb, daß nicht daran zu denken ist, daß sie in der vorliegenden Fassung zustande kommt. Schon bisher waren die Bemerkungen in den verschiedenen Versicherungsweigen zum Teil sehr hohe. Das wird aber erst recht der Fall sein bei Annahme dieses Entwurfes. Der Gedanke der Vereinheitlichung hat diesen ganzen Bau sehr kompliziert, daher richtig ja auch der laut geworbene Widerspruch gegen den einseitigen Unterbau in den Versicherungsämtern. Die Regierung hat erklärt, politische Momente hätten bei dem Entwurf gar nicht mitgesprochen. Ja bin aber doch überzeugt, daß sie sich hat leiten lassen, den Einfluß der Sozialdemokraten bei den Krankentafeln auszunutzen. (Sehr richtig! rechts.) Aber dann hätte die, die Regierung, das auch rund heraus erklären müssen. (Erneutes Sehr richtig! rechts.) Tut sie das nicht, so ist es nicht unsere Sache, ihr die Ratten aus dem Feuer zu holen. Wir unersetzlich bleiben allerdings dabei, daß der überwiegende Einfluß der Sozialdemokraten auf die Ortsrentenstellen einrichtung erheischt. (Beifall links.) Die Ortsrentenstellen wie die Konsumvereine sind für die Sozialdemokraten nur Einrichtungen zur sozialdemokratischen Schulung der Massen. Sie sind gewissermaßen ihre Unterfischerstellen und zugleich ihre Versorgungsanstalten für sozialdemokratische Agitatoren. Die Forderung, die Beiträge zu halbieren und hoch die bisherigen Renten beizubehalten, kann nicht ernst genommen werden. Mit der Ausschaltung der Privatbeamten-Versicherung sind wir einverstanden. Wir verlangen Aufrechterhaltung der Betriebsrenten, da sie besser und billiger arbeiten als die Ortsrentenstellen.

Abg. Dr. Burchard (nritsch. Ag.):

De an vielen Orten keine Jahrsärzte existieren, ist die Heranziehung von Zahnärzten unermesslich. Die Vorlage würde, wenn sie unändert Gekst würde, den Apothekern diesfalls geradezu verberlich werden. Die meisten Apotheker sicken noch nicht so gut wie die Geher des „Kormwärts“. Die Bestimmungen über die Apothekentaxen bedürfen dringend der Überberung.

Ein Gehaltsantrag wird angenommen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung der

Fernsprechgebührenordnung.

Abg. Raden (Ztr.):

Trotz aller scharfen Kritik hat die Regierung an der Beilegung der Ranggebühren festgehalten. Trotz der Vermehrung des Staatssekretärs ist diese neue Gebührenordnung verheerend feindselig. Es handelt sich nicht um ein Gellissen um wenige Pfennige. Die deutsche Kaufmannschaft hat noch immer bereitwillig Opfer gebracht, aber hier handelt es sich um einen Mißstand. Die Gebühren sollten nicht erhöht, sondern mindestens für das platte Land ermäßigt werden. Mag sein, daß mit unruhigen Gespächen in den Großstädten viel Ungeun getrieben wird, daß die höheren Löhner sich ruhig erträßen. Aber gibt es dagegen kein anderes Mittel, als die Beilegung des Rangsystems? Wenn das Gelpätz 4 Wg. folter, werden reduliche Damen erst recht alles, was sie auf dem Herzen haben, der Freundin mitteilen, um nicht noch einmal den Fernsprecher benutzen zu müssen.

Abg. Graf Welser (Konf.):

Die Vorlage ist von den großstädtischen Kreisen mit all dem Maße von Weidenhaftigkeit und Empörung befaßt worden, das heute unvermeidbar geworden zu sein scheint. Von einer Beordnung des platten Landes in dieser Vorlage kann nicht die Rede sein. Man spricht immer von agrarischer Begehrtheit, aber die Großstädter vergessen immer, daß auf dem Lande auch noch Leute wohnen, und zwar nicht nur Landwirte, sondern auch Geschäftsleute. Der Redner überläßt das weitere der Kommissionsberatung; er empfiehlt eine Ausdehnung der kleinen Netze bis zu 25 Kilometern.

Abg. Kaeppf (Zp.):

Die Vorlage ist unändert wieder eingebracht worden, trotz der scharfen Kritik in der Deffentlichkeit. Das hat große Bestimmung herozurufen. Die Vorlage bedeutet eine Reglementierung und Bureaufreterung des Verkehrs, die zu Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten führen muß. Industrie und Handel sehen darin eine verheerendartige Maßnahme. Der Verker muß am besten selber wissen, was ihm nützt. Man will die Teilnehmer besonders beladen, die den Fernverkehr am meisten benötigen. Nun wird er aber am allermeisten gerade von den Behörden benutzt. Sind das auch unzulässige Gelpätze? Man soll einen billigen Durchschnitt nehmen, der das Maß der nötigen Einnahmen deckt und den die Interessenten tragen können. Das wird nicht ohne eine Verbilligung für das platte Land, aber sie darf nicht beauftragt werden auf Kosten der Städte. (Beifall links.)

Staatssekretär Kräfte:

Es muß immer wieder betont werden, daß der Wunsch nach einer Verringerung der Fernsprechgebührenordnung vom Reichstag ausgegangen ist. Nun wird er immer gelobt, das Publikum empfindet das händige Jähren als eine Belagerung. Dabei hat das Einzel-

gegründet um das Doppelte zugenommen wie das Pauschal-  
system. Unter dem gegenwärtigen Zustand haben gerade die ganz  
armen Gebirgsleute zu leiden, die nicht einmal das Abkommen für  
ein Telephon aufbringen können. Für alle Teilnehmer, die  
täglich ihr Telephon 7 mal benutzen, wird das Telephonieren nicht  
um einen Pfennig teurer. Von einer Befreiung des Mittelstandes  
kann daher nicht gesprochen werden. In der Kommission wird sich  
zeigen, daß viele Bedenken hinsichtlich und daß die meisten hier ge-  
äußerten Wünsche unumkehrbar sind.

**Abg. Red-Heiberg (nl.):**

Auch auf dem Lande macht sich das Bedürfnis nach dem Fern-  
sprecher immer mehr geltend. Aber die Erleichterung für das  
plate Land darf nicht auf Kosten der anderen Teilnehmer er-  
folgen. Auch der verlorbene Graf Oriola wird im vorigen Jahre  
darauf hin, daß diese Vorlage keine agrarische Liebesgabe werden  
dürfte. Der Widerspruch der am meisten am Verkehre beteiligten  
Kreise gibt doch zu denken. Die ad hoc berufenen Konferenzen  
geben die Stimmung im Volke niemals richtig wieder. Der von  
uns vorgeschlagene Postetat würde viel bessere Dienste tun.

**Abg. Dr. Eidenum (Sog.):**

Nur keine neuen Vorrechte für die Agrarier. Am liebsten  
würden wir die ganze Vorlage der Postverwaltung zurückgeben.  
Unsere Post steht nicht mehr auf der Höhe. Die Vorlage ist total  
unbrauchbar.

**Abg. Ding (Rp.):**

Spricht im Namen einer Minorität seiner Fraktion gegen die  
Vorlage.

**Abg. Herzog (wirtsch. Bgg.):**

Der Grundgedanke ist gut. Hauptsächlich kommt es zu einer  
Veränderung.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Donnerstag 1 Uhr: Reichshofbau, Rechnungsjahre, Reichs-  
beamtenhaftpflichtgesetz.

Schluß gegen 7 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung, Mittwoch, 20. April 1910.

Am Regierungstisch: v. Trotz zu Solz, Schwarz-  
kopff.

Präsident v. Röscher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr  
15 Minuten.

Die zweite Lesung des

### Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel

### „Elementarunterrichtswesen“.

**Abg. Dr. Matzfetter (Str.):**

Die Regierung sollte alles tun, vor allem den leistungsun-  
fähigen Gemeinden gegenüber, um das Interesse der Gemeinden  
an den Volksschulen zu stärken und zu heben. Dem Landrat wollen wir  
nicht auch die Leitung in der Volksschule geben. Wir sind  
gegen die Erhebung der geistlichen Schulaufsicht durch die hoch-  
mündigen. Für die Lehrermisere sind gerade die tüchtigsten  
Verheiratete gut genug. Leider befinden in dieser Hinsicht noch  
viele Missstände. (Beifall 1 Str.)

**Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.):**

Es ist durchaus verfehlt, die Lehrer anzugehen, aus dem Neuen  
preussischen Lehrerverein in den alten überzutreten. Der neue  
Verband bietet bessere Möglichkeiten gegenüber der Anstellung seiner  
Mitglieder durch lokale Verhältnisse. Die Forderung von Orts-  
gruppen in den Städten damit begründen, daß die Städte bessere  
Verhältnisse haben müßten, widerpricht direkt der Ansicht des Ge-  
schäfts. Der Lehrer, der einer einseitigen Landeskasse vorsteht,  
muß mindestens ebenso tüchtig sein, wie seine Kollegen in der  
Stadt. Für bessere ländliche Lehrerwohnungen muß gesorgt  
werden, die Landwirte haben Anspruch auf landesgemäße Wohn-  
ung, und gute Wohnverhältnisse vermindern die Landflucht der  
Lehrer. Die jungen Lehrer sollten erst an mehrklassigen Schulen  
beschäftigt werden, ehe sie eine einklassige Schule übernehmen. Von  
einem Recht der Kirche auf die Schule ist keine Rede. Das Auf-  
sichtsrecht gehört allein dem Staat. Wo Geistliche es ausüben,  
tun sie es im Auftrage und nach den Weisungen des Staates. (Sehr  
richtig.) Die richtige Verbindung von Kirche und Schule ist in  
den Schulkommissionen bereits voll gewahrt. Irrendweiser  
weiterer Verbindung bedarf es nicht. Mit den Lehrern meinen  
wir, daß der Religionsunterricht in die Schule gehört und Sache  
der Lehrer ist. (Zustimmung.) Notwendig wäre ein Oberhof für  
die Volksschule zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation  
unter der Jugend. (Beif. Beifall.)

**Abg. Dr. Hingmann (nl.):**

Billigt die Grundzüge des Ministers über die Verwendung von  
Lehrerinnen in der Volksschule und die vom Abg. Frhr. v. Zedlitz  
entwickelten Gesichtspunkte. Für die Schulaufsicht kommen in  
erster Linie tüchtige Volksschullehrer in Betracht. Das Lehr-  
bedienstungsgesetz hat leider keine rechte Berücksichtigung unter  
den Lehrern gefunden. Gegen die Regelung der Amts- und der Orts-  
zulagen und gegen die Behandlung der Mietsensfähigkeitsbesitz  
bei den Lehrern teilweise berechtigter Mißbilligung. Die Regie-  
rung sollte da nach dem Rechten sehen und die Schulverbände an-  
halten, den Lehrern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das  
Abkommen der Lehrer darf nicht befristet werden, die Kreis-  
schulinspektoren müssen ihnen offen stehen, das passive Kom-  
munitätsrecht sollte man ihnen ebenfalls nicht vorenthalten. Mit  
der Empfindung bestimmter Lehrermisere sollte man doch vorsich-  
tig sein. Da soll man die Lehrer nicht benehmen. Man braucht  
nicht gleich Angst zu haben, wenn einmal ein paar radikale Ele-  
mente sich bemerklich machen. Der Lehrer verlangt schließlich För-  
derung der Seimatkunde, der Jugendspiele und des Vorkurses,  
um die Schulpflichtigkeit zu machen. (Beif. Beifall.)

### Kultusminister v. Crott zu Solz:

Uns Mitteilungen aus Lehrervereinen weiß ich, daß doch Ruhe  
in die Lehrertreue durch das letzte Lehrbedienstungsgesetz eingebracht  
ist, namentlich in die Landkreise. Landwirte haben mich  
gegenüber Ihnen dank für das ausgesprochen, was für sie geschehen  
ist. Bezüglich der Ortszulagen besteht ja noch eine gewisse Beun-  
ruhigung. Aber wenn man bedenkt, daß die Lehrer im allgemeinen  
besser als früher stehen, so sollte doch der Lehrer nichts dabei finden,  
wenn der Kollege in einem anderen Orte etwas mehr hat als er.  
Die Mietsensfähigkeitsfrage wird neu geregelt werden, wenn der  
Bedienstungsgesetzverordnungsverordnungsverordnungsverordnungs-  
gesetz bezüglich ihres Eintritts in Vereine von Ausschüssen zu  
über, heißt es keineswegs gut. (Beifall.) Die Bestimmungen,  
untere Schulen bodenkundiger zu machen, werde ich eifrig fördern.

**Abg. Hoff (Rp.):**

klagt über die Ueberfüllung der Volksschulen und wendet sich gegen  
die Vermehrung der Lehrermisere. Schon jetzt gebe es ge-  
nug Umwärtigen für den Lehrberuf. Die Zentralisation der  
Schulverwaltung scheint so gedacht, daß sie zu einer Verminderung  
der Selbständigkeit der Schule und zu ihrer Angliederung an die  
politische Verwaltung führen soll. Der Landrat würde der Schul-  
leitung in Kreise werden. Dafür sind wir schon im Interesse der  
Schule nicht zu haben. (Zustimmung links.) Gegen Herrn Zedlitz  
aus dem Rathhofenange ausgeprobenem Aufforderung an die landes-  
mündigen Gemeinden, nur Mitglieder der landesmündigen Lehrervereine  
anzustellen, wendet sich im Auftrage vieler landesmündigen Lehrer.  
Herr v. Zedlitz empfindet das neue Lehrergesetz, weil dieser dem  
Bunde der Landwirte näher steht. Der Redner fordert bessere  
Arbeitsbedingungen für die Lehrer.

**Abg. Rosenthal (Sog):**

führt Beschwerde, daß in Oberhesseln deutsche Lehrer als politische  
Agitatoren für die Regierung tätig sind. Drummer muß die  
Jugendberichterung leben. Die Volksschule in Oberhesseln trägt  
viel dazu bei, die Seelen der Kinder zu vergiften. Man will sie  
zu Knechten der Regierung erziehen. (Unruhe.)

**Kultusminister Crott zu Solz:**

Diese heftigen Angriffe habe ich erwartet. Natürlich heften  
wieder alle Beweise. Die Beschuldigungen des ehrenwerten  
Landes der Lehrer weise ich zurück. Das öffentliche Urteil des Lan-  
des über unsere deutschen Religionsunterricht steht wohl  
einsig da.

**Abg. Hirsch Berlin (Sog.):**

fordert die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule.  
Die Regierung wendet sich alle Bestrebungen zur Bekämpfung  
des Protestantismus und gräßt Klasse aus alter Zeit aus, um sie  
gegen unsere Jugendorganisationen zu benutzen und aus ihnen zu  
folgern: Jeder Sozialdemokrat ist ein sich unfruchtlich.

**Abg. v. Götter (son):**

Die Rechte hat für die Lehrer mehr getan, als die Sozial-  
demokratie. Vor allem sollte der Gesangsunterricht gefördert  
werden. Es gilt noch immer das Wort: „Wohle Menschen haben  
keine Lehrer“. Mit dem Gesangsunterricht Hand in Hand kann der  
Sprachunterricht gehen. Manche Notstandheit hat ihre Ursache in  
dem fehlerhaften Gebrauch der Stimmgabel. Auf eine richtige  
Anleitung muß ebenfalls mehr Wert gelegt werden. (Beifallige Zu-  
stimmung.)

**Ministerialdirektor Schwarzkopff:**

Der Minister stimmt mit dem Redner darin überein, daß  
für die Pflege des Gesanges möglichst viel geschehen muß. Unser  
Volk singt seit Jahrhunderten und auf der Volksschule wird recht  
gutes im Gesang gelehrt. Wegen besserer Ausbildung der Ge-  
sangslehrer wird bald eine neue Prüfungsordnung für Gesangs-  
lehrer herauskommen. Dem Abg. Hirsch erwidere ich, daß die  
sozialdemokratische Jugendorganisation unsere Chöre der Jugend  
verleihen und sie gegen andere Volksschulen aufhebt. Dagegen müssen  
wir einschreiten. (Beifallige Beifall.)

**Abg. Heß (Str.):**

Die Tendenzen, die im allgemeinen deutschen Lehrerverein zum  
Ausdruck gelangt sind, können doch ein gewisses Mißtrauen erregen.  
Er müßte die sozialdemokratischen Kreise Kollaps schon längst  
abgeschüttelt haben. Es ist doch sehr bedenklich, daß die liberale  
Lehrerpresse die christlichen Strömungen bekämpft. (Sehr gut  
rechts und im Zentrum. — Widerspruch links.) Bezeichnend ist  
das Bremer Schuljugendtelegramm an Babel. (Hört! Hört! rechts.  
— Ruf links: Demunzian!) Ein freidenklicher Zug geht durch  
diesen Verein. Er steht hinter Zew, der Buddha, Confucius,  
Mohammed und Christus in einem Atem nennt. Ist das noch  
christlich? Sät da der Straßburger Bistum nicht Recht, die Lehrer  
vor diesem Verein zu warnen? Der Verein will die neutrale,  
religiöse Schule, die große Mehrheit des Volkes aber will die Kon-  
fessionsschule. (Widerspruch links.) Was soll denn an die Stelle  
des Religionsunterrichts treten? (Ruf: Die zehn Gebote Hoff-  
manns? — Heiterkeit.) Auch die Kreuz-Zeitung sagt darüber,  
daß unter den Lehrern nur die liberale Minderheit des Unglaubens  
gilt. (Lachen links.) Die Lehrer wollten eine ernste Scheidung  
nach rechts und links vornehmen. Die christlich-konfessionellen  
Lehrer werden Konfessionen müssen gemeinsam gegen diese Bestre-  
bungen kämpfen, die schließlich den Staat unterminieren. (Be-  
falliger Beifall rechts und im Zentrum. — Hissen links.)  
Nach einigen persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus  
auf Donnerstag 11 Uhr. (Weiterberatung.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Auffallende Aengstung einer autoritativen Persönlichkeit.

# Der kürzlich Landwirtschaftsminister Freiherr von  
Hammerstein-Loxten, ein Konservativer mit leichtem  
wenigerem Einschlag, war vom Bunde der Landwirte für eine  
Donaubüder Landesversammlung als Redner gegen die  
nationalliberale Partei und den Deutschen Bauernbund ge-  
wonnen worden. Dort hat er sein Thema so behandelt, daß  
die anwesenden Bundesführer sich in Dankagungen und  
Lobeserhebungen für den von ihnen früher wesentlich anders  
eingeschätzten Minister kaum genug tun konnten. Freiherr  
v. Hammerstein wirzte seine Ausführungen durch eine eigen-  
tümliche Anspielung auf den Reichstagsanler, indem er nach  
dem Bericht der „Tagesszt.“ sagte:

„Mir hat erst vor kurzem eine autoritative Persön-  
lichkeit, die an der Spitze der Staatsregierung  
steht, gesagt, daß die Agitation des Bauernbundes im Osten  
sehr bedenklich zu wirken anfange und die Ziele der Regierung  
schädige, anstatt sie zu fördern.“

Mit dieser autoritativen Persönlichkeit, die an der Spitze  
der Staatsregierung steht, kann niemand anders gemeint  
sein als der Reichstagsanler. Da nicht anzunehmen ist,  
schreibt die „Magdeburger Ztg.“, daß Freiherr v. Hammerstein-  
Loxten sich verfehlt hat, da ebensowenig anzunehmen ist, daß  
ein Mann von der ministeriellen Vergangenheit des Frei-  
herrn in die Öffentlichkeit ein Klagswort trägt, das nicht  
für die Öffentlichkeit bestimmt war, darf an der unfruchtlichen  
Mitteilung nicht achtlos vorübergegangen werden.

Herrn v. Hammersteins Name verknüpfte sich seinerzeit  
eng mit der Ranzelvorlage. Er wurde 1889 Landesdirektor  
der Provinz Hannover, als welcher er den Ausbruch  
den Preußen 1892 mit dem Herzog von Cumberland

traf, förderte. Damals wurde auch der Kaiser mit ihm  
näher bekannt, und auf Hammersteins Einschlag ist wohl die  
damalige wohlwollende Gesinnung des Monarchen der  
Westen gegenüber zurückzuführen. 1894—1901 war Herr  
v. Hammerstein preussischer Minister für Landwirtschaft.

### Der Ultramontanismus und die Universitäten.

D. E. K. Zu den stehenden Klagen auf ultramontaner  
Seite gehört es, daß unter den deutschen Hochschullehrern zu  
wenig Ultramontane sind und man begünstigt es  
auf jede mögliche Weise, daß Katholiken — natürlich meint  
man nur „praktische“ Katholiken, d. h. Ultramontane —  
mehr die akademische Lehrtätigkeit als Beruf ergreifen. Man  
mahnt eifrig dazu, will mehr Stipendien für jüngere Ge-  
lehrte und dergl. Gewisse ultramontane Kreise schwärmen  
auch sehr für Erziehung einer speziell katholischen Univer-  
sität, wie sie z. B. in Freiburg in der Schweiz, in Löwen  
in Belgien und anderswo besteht und für Salzburg schon  
lange geplant ist. Einschichtigere Ultramontane sind gegen  
solche „katholische“ Universitäten, weil sie davon Einengung  
der ultramontanen Gelehrten auf diese „katholische“ Univer-  
sität befürchten, es erscheint ihnen unwahrscheinlich, an deut-  
schen Staatsuniversitäten möglichst viele Anhänger des  
Ultramontanismus zu haben, um mit diesen Kreise in den  
unabhängigen wissenschaftlichen Charakter der Staatsuniver-  
sitäten zu legen.

Einen neuen Plan dazu entwickelt ein Aufsatz: „Die  
deutschen Katholiken und die theoretischen Wissenschaften“ in  
Nr. 261 der „Kritik“, ein Plan, der volle Be-  
achtung der Gegner des Ultramontanismus verdient. Die  
Katholiken werden ermahnt, fleißig an den Gemeinwesen  
in den großen Städten sich zu beteiligen, damit sie in der  
Stadtvertretung die Majorität erlangen. Dann sollen sie  
wissenschaftliche Spezial-Hochschulen errichten.

Man wird gut tun, diesen ultramontanen Plan im  
Auge zu behalten und an ihn zu denken, wenn man bei Be-  
rathungen von Gelehrten an solchen künftigen Spezial-  
hochschulen die Berufungen auf ihre politische Gesinnung hin-  
prüft.

### Vom Kampf im Baugewerbe.

# Im Tarifkampf im Berliner Baugewerbe taute  
gestern die Bewegung des Berliner Gewerkevereins;  
der Vorstehende der Magistratsrat v. Schultze. Der Ver-  
band der Baugeschäfte, die Organisationen der Maurer,  
Zimmerer und Bauhilfsarbeiter waren durch starke Dele-  
gationen vertreten. Nach dem Stande der Verhandlungen  
in den ersten Nachmittagsstunden war noch nicht mit Sicher-  
heit abzusehen, ob das Einigungsamt noch einen Schieds-  
pruch fällen würde. Die Verhandlungen wurden eben ver-  
traulich geführt. Auch anderwärts regt sich der Wunsch nach  
Verständigung. So wird gemeldet:

**Kranfurt a. M., 20. April.** Der Verein der Eisen-  
händler erludt den Magistrat um seine Vermittlung  
zur friedlichen Beilegung des Kampfes im Baugewerbe.  
Durch die Sperre sei auch die Eisenbranche in Mi-  
leidenschaft gezogen, und bei ihrer längeren Dauer seien  
die Eisenhändler gezwungen, einen Teil ihres Personals  
zu entlassen.

Somit liegen noch folgende Nachrichten vor:  
**Berlin, 20. April.** In der Markt Branden-  
burg sind nach den bisherigen Feststellungen rund 6000 Bau-  
arbeiter entlassen worden, d. h. etwa der fünfte Teil der in  
Berlin und der Markt befristigten Arbeiter des Bau-  
gewerbes.

**Hofen, 20. April.** Die Zahl der in Mecklenburg  
ausgeworfenen arbeitslosen Vertreter des Baugewerbes hat  
die Höhe von 4500 erreicht.

**Wiesbaden, 20. April.** Alle Bauunternehmer des Kreises  
Heraugum Auenburg beschloßen in einer gemein-  
samen Versammlung, die Arbeitnehmer auf 3. Mai aus-  
zuwerfen.

**Budweis, 20. April.** Zum Kampf im Baugewerbe  
wurde von der sozialdemokratischen Seite der  
Antrag gestellt, während der Ausperrung die öffent-  
lichen Bauten in künftiger Regie auf Kosten der  
Bauunternehmer auszuführen zu lassen. Nachdem  
der Oberbürgermeister erklärt hatte, daß der Stadtrat  
in diesem Streit über den Parteien stehen müsse, und auch ein  
bürgerlicher Redner gesprochen hatte, wurde der Antrag ab-  
gelehrt.

## Parlamentarisches.

Die Subkommission des Herrenhauses, die über das Problem  
der „Kulturträger“ beraten und zugleich die Redaktion der letzten  
gefaßten Beschlüsse für die zweite Lesung vorbereiten soll, hat  
gestern vormittag von 11 Uhr bis 1 Uhr getagt und legte am Nach-  
mittag von 4 Uhr ab ihre Beratungen fort. Beschlüsse wurden  
bis dahin noch nicht gefaßt. Die Kommission setzt sich aus den  
Herren Graf Wedel, Biedorf, Fürst Lichnowsky, Ober-  
bürgermeister Wallraf-Köln und Graf Dönhoff-Friedrich  
Rein zusammen.

Die Wahprüfungskommission des Reichstages erklärte die  
Nach der national-liberalen Abgeordneten Sievers (Münster)  
Wahlen für ungültig.

Die Reichstagskommission für das Wertungsgesetz  
verhandelte über Anträge des Zentrums, des Abg. Krebber  
(Sp.) und Dr. Weber (nl.), die eine genaue Unterscheidung  
zwischen presidenten und unvereinbar Wertungsgesetz be-  
wachten. Die Abstimmung hierüber wurde ausgesetzt. Abg. Dr. Arndt  
beantragte ferner eine untere Grenze bei beabsichtigten Grundstücken  
im Werte von 20 000 Mk. und ungebauten Grundstücken im Werte  
von 5000 Mk. Auch hierüber erfolgte die Abstimmung noch nicht.  
Es ist wenig Aussicht, das Gesetz noch in diesem Tagungsabschnitt  
zu erledigen.

Die veränderte Geschäftsordnungskommission des Reichstages  
beschloß zu der Frage der kurzen Anfragen nach einem Antrage  
Dr. Müller (Meiningen) folgende Fassung: § 33. Die  
Mitglieder des Reichstages können kurze Anfragen tatsächlicher  
Art an den Reichstagsanler über Angelegenheiten, die zur Zuständig-  
keit des Reiches gehören, richten. Diese Anfragen sind schrift-  
lich beim Präsidenten einzureichen. Durch diese Anfragen darf  
einem späteren Punkte derselben Tagesordnung nicht vorgegriffen  
werden, auch dürfen die Verhandlungen in einer Kommission des  
Reichstages nicht zum Gegenstande einer solchen Anfrage gemacht  
werden. Es ist also anzunehmen, daß eine Einigung in Bezug auf  
diese Frage erzielt wird.

In einer Sitzung der Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses wies Präsident v. Röscher, der an ihr teilnahm, darauf hin, daß ihr Beschluß, die Geschäftsordnung zu verändern, insofern eine Lücke enthalte, als darüber nicht gefaßt sei, wie der etwaige Ausschluß von Mitgliedern zu erfolgen habe, insofern eine Lücke enthalte, als darüber nicht gefaßt sei, wie der etwaige Ausschluß von Mitgliedern zu erfolgen habe...

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes betreffend die Änderung des preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes hat die erste Lesung der Vorlage...

# Parteinachrichten.

Im 6. hannoverschen Wahlkreis Verden-Sone beschloßen die Parteimitglieder der nationalliberalen Partei, die auf eine neue in Anrechnung gebrachte Kandidatur Hehl nicht zu unterstützen...

# Kleine politische Nachrichten.

Die Lehrernachregelungen in Bremen wegen des Glückwunschtelegrams an Babel werden fortgesetzt. Der Lehrer, der unter Vorbehalt angestellt war, ist wegen seiner Beteiligung an der Abfassung und Absendung des Telegramms...

Der Kgl. Wirkl. Geheimrat Freiherr v. Manteuffel, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, hat mit Rücksicht auf die Kommenzare, die seine geplante Ehrengabe für die Berliner Schumannstiftung in der Presse gefunden, seiner Sammlung eine andere Widmung gegeben...

Die Deutschen in Brasilien. Bei dem Empfang des deutschen Gesandten Dr. Michaelis gab Präsident Dr. Rio Branco eine feine Genehmigung über die Entsendung der Handelsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland Ausbund und pries die erfolgreiche und verständige Arbeit der Deutschen in Brasilien.

# Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser nahm gestern im königlichen Schloße in Somburg vor der Höhe die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Admirals von Tirpitz, des Chefs des Admiralsstabs der Marine, Admirals von Fißel und des Chefs des Marinekabinetts, Vizeadmirals von Müller entgegen.

# Ausland.

## Gefändnis des Mitrailleurndiebes.

— Aus Paris wird gemeldet: Die Verhaftung des Deserteurs und Mitrailleurndiebes Deschamps erfolgte, wie jetzt feststeht, infolge der Denunziation eines seines Regimentskameraden, des Schuhmachersellen Manouby. Deschamps trat am 9. April in Paris ein und ließ sich von Manouby Gefährliche an. Er ist keine Verhaftung beabsichtigt, wollte er Paris verlassen und sich wieder nach Baden wenden. Hierzu freudete ihm Manouby einhundert 100 Francs vor. Er ging mit ihm auf die Place de la Bastille, verfrachtete jedoch gleichzeitig die Polizei, die dann seine Verhaftung vornahm.

Deschamps hatte dem Manouby die Wahrheit über den Diebstahl eines Kisten an den. Mittels zweier Nachschlüssel legte er sich, nachdem er bereits besetzt war, heimlich nachts in die Kaserne zurück, drang in die Lagerräume und raubte eine der Mitrailleurn ab und steckte sie in einen Sack. Dann verließ er mittels Schnellzugs Châlons-sur-Marne und begab sich nach Strasbourg. Am folgenden Morgen lösterte er die Mitrailleur dem deutschen Spion aus, für die eine Entschädigung von mindestens 40-50 000 Mk. erhalten haben dürfte. Dieses Geld brachte er in Strasbourg in einer Halbweltlerin, mit der er auch Reisen nach Budapest, Wien, Genf, London usw. machte, durch.

## Roosvelt in Paris.

Zahlreiche Gesellschaften der Avenue de l'Opera, der Rue de la Paix und der Boulevards in Paris haben sich für den „Matin“ gemeldet und verlangen seinen Rat, ob sie zur „Kunst Kooleccit“ schlagen sollen. Das betragte Blatt macht aus seinem Herzen keine Würdiger und schreibt: „Man muß unbedingt schlagen. Das wird nicht nur eine Huldigung für den ausgezeichneten amerikanischen Staatsmann sein, der Paris besucht, sondern auch eine Kundgebung der Sympathie des Pariser Handels für das Volk der Vereinigten Staaten, das jährlich eine so reiche Kunst- und Kommoditäten-Produktion nach Paris führt. Die Pariser Geschäftsleute müssen den Wunsch haben, durch die Ausdehnung ihrer Wägen die Freude darüber auszudrücken, das Paris wieder das herrliche Paris geworden ist und die Stunden der Trauer vorbei sind, über die unsere transatlantischen Freunde sich einen Augenblick lang jenseits Kummer und so übertriebene Vorstellungen gemacht hatten.“

Roosvelt ist in der Nacht zum Mittwoch aus Budapest abgefahren und geht nach in Paris angekommen.

# Kleine Tagesnachrichten.

Kunzig Frühwirth. Wiener Nachrichten besagen den Mann des Kunzig Frühwirth als den Besizer des Wiener Kunzig Fürsten Granitz bei Belmont, der Anfang Juli zum Kardinal ernannt werden soll. Erfahrungsgemäß ist die Münchener Kunzigart meistens ein Durchgangsposten für höhere Stellen.

Der türkische Kronprinz besucht Wien. Nach neuerdings in Wien eingetroffenen Informationen gilt es als sicher, daß der türkische Kronprinz im Oktober oder Anfang November zu längerem Aufenthalt in Wien eintreffen wird.

Das kanadische Unterhaus beschloß, daß im Falle der Not alle Docks und Werften Kanadas dem britischen Behörden überlassen werden sollen.

# 27. Kongress für innere Medizin.

Wiesbaden, 19. April. Auf dem hier tagenden Kongress für innere Medizin wurde besonders das Tuberkulosegebiet erörtert. Es sprachen u. a. Hermann Berlin, Leber die spezifische Behandlung der Tuberkulose mit Tuberkulin-Präparaten; Homburg (Sachsen) über die Bedeutung in den Lungensystemen bei der tuberkulösen Tuberkulose, während Dr. Weyer-Berlin und Kuppel über die Bedeutung der Verbindung eines Tuberkulosegenes besprochen. Kränkel in Verbindung mit Steffen-Badenweiler untergeordnet bei der Lungentuberkulose vom anatomischen Standpunkt und demonstriert instruktive diese Standpunkte illustrierenden Präparate. Karo-Berlin spricht über „Die spezifische Therapie der Nieren-tuberkulose.“

## Disjunktion

über die Tuberkulosefrage befassten sich die Herren Michaelis-Berlin, Petrusky-Damig, Gootta-Gürberdorf, Klemperer-Berlin, Schloßmann-Diffelhof, Zitron-Berlin, Sahli-Bern, Stinging-Gena, Weyer-Berlin, von Jaffig-Wag, Rothchild-Goben, Jellen-Darow, Kumpel-Eppendorf, Jung, Meinart-Rohdort, Buchardt-Berlin, Bauer-Berlin, Clemens-Gemmitz. Allgemein gegeben sind die großen Fortschritte, die seit 20 Jahren seit der ersten Einführung des Tuberkulin durch Dr. Koch in diagnostischer Hinsicht gemacht worden sind. Als Ergänzung für die Diagnose ist auch vor allem die Röntgen-untersuchung heranzuziehen. Bezüglich der praktischen Wertbarkeit und Empfehlung des Tuberkulins prägen, da diese Frage durchaus nicht geklärt ist, mehrfach die Geister aufeinander. Wenn auch mehrere gemischte Stimmen (von Jaffig, Kumpel) der Ansicht Ausdruck geben, daß der Zeitpunkt vorliegt, das eine günstige spezifische Wirkung des Tuberkulins Beweise und die Erfolge der Behandlung nur in der begleitenden Therapie zu suchen seien, so ist es fast der Befragung doch wohl anzunehmen, daß 1. die Tuberkulininjektion, wenn sie mit Vorsicht unter Berücksichtigung aller Nebenumstände ausgeführt werden, niemals Schaden stiften und daß 2. von der Notwendigkeit der Reiner eine deutlich unterstützende Wirkung der begleitenden Behandlung durch das Tuberkulin gerührt wird.

Die Aera des übergehenden Sceptizismus, wie sie als Rückschlag auf die große begeisterte Aufnahme der Kochschen Empfehlung erfolgte, dürfte daher als nicht mehr zu Recht bestehend zurückgewiesen werden können.

# Halle und Umgebung.

Salle a. S., 21. April.

## Haupts Nachfolger.

Die amtliche Bekanntgabe der Ernennung des Professors D. Dr. Paul Feine in Breslau zum Nachfolger des jüngst verstorbenen Theologen Haupt steht bevor. Prof. D. Dr. Feine ist 1859 in Gohlmsdorf bei Jena geboren. Auf dem Gymnasium in Eisenach vorgebildet, studierte er in Berlin und Jena Theologie und Philosophie, wurde 1884 Gymnasiallehrer in Jena, 1888 Provinziallehrer in Reuditz, 1889 Oberlehrer am Gymnasium in Göttingen, wo er bis 1893 zugleich als Privatdozent in der theologischen Fakultät wirkte. Ein Jahr darauf folgte er einem Ruf als ord. Professor der neuwissenschaftlichen Theologie an die evangelisch-theologische Fakultät in Wien. Seit Oftern 1907 lehrt er als Nachfolger des verstorbenen Professors William Brede in Breslau. Feine, der seiner Richtung nach der sog. Vermittlungstheologie nahesteht, hat eine Reihe eingehender Untersuchungen über verschiedene Schriften des neutestamentlichen Kanons, über die paulinische Theologie, ihr Verhältnis zur Lehre Jesu u. a. veröffentlicht. Die wichtigsten sind: „Der Theobusbrief“ (1893), „Das geistesreiche Evangelium des Paulus“, „Jesus Christus und Paulus“ (1902), „Die Erneuerung des paulinischen Christentums durch Luther“ (1903), „Der Römerbrief“, „Das Christentum Jesu und das Christentum der Apostel in ihrer Abgrenzung gegen die Religionsgeschichte“ (1906), „Zwischen ist Jesus der Offenbarer Gottes“ (1906) u. a. m.

## Der Maunzug verboten.

Der von der hiesigen Sozialdemokratie zur Maifeier geplante Festzug mit Verammlung unter freiem Himmel ist von der Polizei nicht genehmigt worden.

Zur Begründung wird in dem Bescheide ausgeführt: „Die bisherigen Demonstrationserfolge haben den Beweis erbracht, daß die Führer der hiesigen Sozialdemokratie in der den Willen noch die Macht besitzen, von den Veranstaltungen das Lathertum und den Janagel fernzuhalten.“ Auch bei dem am Montag, den 11. April d. J., stattgefundenen Demonstrationserfolg hat das in den Reihen der Demonstranten in großer Anzahl vorhandene Gendarm durch grobe Ausschreitungen die öffentliche Sicherheit ernst gefährdet. Stundenlang, nachdem der ruhige Arbeiter bereits sein Heim aufgesucht hatte, haben Truppen von mehreren Hundert Lathern, Zuhältern und halbwegsigen Gendarmen die öffentliche Sicherheit durch Ausschreitungen bedroht. Einer Wiederholung solcher Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit muß vorgebeugt werden.“

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß jüngst der Demokratischen Vereinigung hier die Genehmigung zu einer Verammlung unter freiem Himmel mit einer öffentlichen Motivierung verweigert wurde. Die Tatsache berichteten auswärtige Blätter in folgender Form:

Halle (Saale), 19. April. Die Polizei verweigerte der Demokratischen Vereinigung die Genehmigung zu einer Verammlung unter freiem Himmel, weil sie nicht die Möglichkeit habe, dem Janagelstand zu helfen, da wiederholt die Wahrspruchstugenden zu Ausschreitungen geführt wurden.

Das ist natürlich (wahrscheinlich durch einen Höfchler am Telefon) eine durchaus falsche Darstellung; die Polizei hatte lediglich der Demokratischen Vereinigung gesagt, daß sie (die Demokratische Vereinigung) nicht die Möglichkeit habe, Janagel fernzuhalten.

## Die Aktion der Stadttheatermitglieder.

In Ausführung der einstimmigen Beschlüsse vom 21. November v. J. wurde am 11. April d. J. abends eine Plenarversammlung der Stadttheatermitglieder vom L. A. der Bühnengenossenschaft halbes überufen. In dieser Versammlung wurde die Arbeit der seinerzeit eingesetzten Kommission einer gründlichen Beratung unterzogen, einstimmig gutgeheißen und der Veröffentlichung auszufragen beschloßen. Diese aufklärende Schrift ist nunmehr unter dem Titel „Das hallesche Stadttheater und seine Bühnengenossenschaft“ im Verlage von Curt Nietzschmann erschienen und in allen Buchhandlungen erhältlich. Als erste derartige Denkschrift bildet sie ein Dokument über unser Stadttheater und die Arbeits- und Dienstverhältnisse seiner Angehörigen.

Im Anschluß hieran findet am Montag, den 25. d. M., die Verammlung der Stadttheatermitglieder um 9 Uhr abends im Saale zu den fünf Türmen, Wreßstraße, statt. U. a. werden Herr Präsident Stempel vom Allgemeinen Deutschen Musikerverband, Herr Dr. Oertereth, Generalsekretär der Deutschen Bühnengenossenschaft, und Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer aus Berlin sprechen. Zu diesem interessanten Vortragsabende sind alle Freunde unseres Stadttheaters und seiner Mitglieder herzlich willkommen und haben bei Abnahme der oben genannten Denkschrift (A 20 Pfg.) Zutritt.

Es werden an diesem Abend manche aufklärende Tatsachen und erste Reformvorschlüge im Interesse der Kunst zur Sprache kommen.

## Provinzialrat der Krankenpfleger im Kriege.

Das Provinzialrat der freiwilligen Krankenpfleger im Kriege findet in diesem Jahre in Göttingen am 5. Juni statt. Dr. Frickelmann haben u. a. ausgeführt: Ministerialdirektor Dr. Grotzow, der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Genossenschaft, und Oberpräsident v. Hegel, der Provinzialratsvorsitzende. Korrespondenz werden alle 17 Verbände der Vereinigung vertreten sein.

Die Prüfung der einzelnen Verbände in Fragen der Krankenpflege hat Universitätsprofessor Dr. Stieba-Halle übernommen.

## Ein Ereignis im halleschen Fußballsport.

Es ist dem H. F. C. v. 1896 gelungen, die heile Mannschaft des Kontinents, den Deutschen Fußball-Club Prag für den zweiten Pfingstfesttag zu einem Wettpiel nach Halle zu verpflichten. Um den Publikum nach dem Kampfe gegen den deutschen Meister, der Weisungen als Gast der „96er“ hier weite, noch als ganz besondere Sensation, die kaum überboten werden kann, ein Spiel gegen die auf eigenem Plage schier unbeflegliche Elf des D. F. C. bieten zu können, hat der H. F. C. v. 1896 nach langen Verhandlungen mit den Trägern unter Uebereinkunft ganz bedeutender Kosten endgültig abgeschlossen.

Um dieses Spiel zu ermöglichen, haben die 96er mehrere Angebote von englischen Mannschaften abgelehnt, wobei der Grundlag maßgebend war, daß es richtiger ist, die in ihrer Spielstärke bekannte kontinentale Elf zu verpflichten, als eine englische. Die Erfahrungen der letzten Jahre, und namentlich die kläglichen Ergebnisse der hiesigen Wettspiele englischer Mannschaften in Deutschland, haben nämlich gezeigt, daß die englischen Vereine, eine deutsche Tournee meist nur als Vergnügungsfahrt auflassen und durchaus nicht die Effektiv der englischen Fußballspieler mitbringen. Die Folge ist in jedem Falle eine große Enttäuschung des Publikums gewesen, das für übermäßig hohe Eintrittspreise nur sehr mäßigem Sport geboten bekommt. Aus diesem Grunde hat der H. F. C. v. 1896 das Engagement der besten kontinentalen Mannschaft vorgezogen, die ja übrigens teilweise wirklich gute Mannschaften von jenseits des Kanals geschlagen heimgeführt hat.

## Stellung für gesprungene Gläser.

Ein Galt bestellte sich Bier und erhielt ein Glas vorgelegt, das einen Sprung hatte. Als er es auf den Tisch aufstellte, zerbrach es und durchschmitt ihm die Sehne der rechten Hand. Durch den Unfall wurde die Erwerbsfähigkeit des Verletzten beträchtlich gemindert. Für den erheblichen, hierdurch entstandenen Vermögensschaden machte der Galt den Wirt haftbar und erzielte ein abfiegendes Erkenntnis. Auch das Reichsgericht hielt den Galt für haftpflichtig. Mit Recht, führt das Reichsgericht aus, ist angenommen worden, daß der Galtwirt für Unfall haftet, die durch ordnungsmäßigen Zustand der Gläser verursacht werden. Einem Galtwirt liegt es vermehrt im Interesse erforderlichen Sorgfalt ob, die Gläser, welche a. seineu



Gleichen vorerst, auf ihre Innerlichkeit zu prüfen, um etwaigen Verlegungen vorbeugen.

So ist's recht...

Zur Denunziation, die aus Kontreingend ändern eine Größe zu großen bemittelt sind, diene folgender Fall zur Warnung: Ein Geschäftsmann in Trier hatte dem Anhaber eines Konfurrenzgeschäftes zu einer Preisliste verhalten, jedoch, daß er kurz nach Ablauf am Sonntag in dessen Geschäft einen Boten sandte, der noch eine Kleinigkeit für 50 Pf. zu kaufen wünschte und auch erhielt. Das gefaßte Objekt wurde nun zur Postzeit getragen mit der nötigen Erläuterung seitens des schadenfrohen Denunzianten.

Bestehere wurde dann aber angeklagt wegen Verletzung zur Uebertretung der Gewerbeordnung und verurteilt mit einer Geldstrafe belegt, daß ihm ähnliche „menschenfreundliche“ Späße wohl kaum jemals wieder in den Sinn kommen werden.

Ernennung. Dem Oberpostsekretär Herrn Fritsch hier wurde beim Scheiden aus seinem Amte der Charakter als Kreisnarratsrat verliehen.

In Neuem Friedrichs Konfessionarium für Musik und Theater fand am 19. April die 89. Musik-Aufführung als Übungsabend statt. Das Programm brachte Werke für Klavier von Mozart, Beethoven, Alkan, Mendelssohn, Chopin und Moszkowski, für Violin von Moszkowski, für Cello von Fjeld und drei Opernarrien und zwar die Arie der „Marie“ a. d. Waffensöldner von Lortzing, Arie der „Marta“ a. Carmen von Bizet, Arie des „Menéndez“ a. d. Freischütz v. Weber, das Lied des „Kalliope“ a. d. Waffensöldner v. Nicolai und Singspiele „Der Bengel“ a. d. Waffensöldner hervorzuheben waren die Leistungen der Schüler a. d. Gesangs- und Berufsklasse des Direktors: Gertrud Wilmann, Traude Gagermann, Anna Schönbauer, die durch schöne Stimmkräfte und schon referierter künstlerischer Beherrschung der Aufgaben hervorragen; aber auch die übrigen Mitsingerinnen a. d. Gesangsstellen: Marie, Frengang, Klavierassistenten: Frau Director Hendrich, Frau Parthof-Teidmüller, Frau Voltmann, Erlet, Warm; Violin-Klasse: Knob; Cello-Klasse: Schwendler, zeigten technisch wie im Vortrag eine bewährte gute künstlerische Bahn. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und das Publikum spendete allen Vorträgen großen Beifall.

Berein für Naturkunde. In der Sitzung am nächsten Sonnabend 8 1/2 Uhr in der Dresdener Bierhalle hält Herr Preißche einen Vortrag über „Das Riesengürtel bei Kletten in Anhalt.“ (Mit Vorlegung reichhaltigen Materials.) — Güte wird mitgenommen.

Christlicher Verein Junger Männer, Geißstraße 29. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird Herr Pastor Reinhold einen Vortrag halten über das Thema: „Sind die Evangelien glaubwürdig?“ Jeder junge Mann ist eingeladen. Der Zutritt ist frei.

Patent-Erteilungen. Georg Goepel, Halle, Vorrichtung zum Nachahmen von Waal, Getreide od. dgl. unter Verwendung einer an einem Waalstiel angehängenen Zentrifugalmahlmühle — Dr. E. Erdmann, Halle, Verfahren zur Darstellung gefälliger Verbindungen aus nicht oder schwer löslichen anorganischen Festkörpern oder deren Ethern durch Spörierung in Gegenwart von Wasser. J. a. Pat. 211 689. — Friedrich Kelle, Schranlau b. Halle, Zusammenkoppler Stuhl mit unter der Sitz klappbaren Beinen. — Gebrauchsmuster-Erteilungen: Hermann Dönnike, Halle, Misch- und Knetmaschine mit durch Kurben angetriebenen und durch Erregerachsen gelenkten Antrieben. — Paul Lange, Mühlitz bei Halle, Briefrollette mit Vorrichtung an Deckel zum Einziehen einer Anfrischvorrichtung. — Wilhelm Opel, Halle a. S., Thermometer-Gehäuse mit nach beiden Seiten aufklappbarem Kopf und in dem Gehäus angebrachter Feder. — Ernst Schaeffer, Hirschberg a. S., Schreib- und Zeichenfeder. — Paul Bender, Weihenfels a. S., Heberhol- und Spindelmaschine. — Wilhelm Kaushenbach, Tröbsden bei Halle a. S., Wellener und Säpfer.

### Provincial-Nachrichten.

#### Keine Vermittlung.

Gotha, 19. April. Der Versuch des Vorstehers des Gewerbevereins, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert. Die Aussperrung dauert fort.

#### Denkmal für die Chinakriegler.

Leipzig, 19. April. Der Kaiserliche Militärverein China- und Afrika-Kriegler für Leipzig und Umgegend hat einen Antrag zur Sammlung für die Errichtung eines Denkmals für alle während der China-Kriege und der afrikanischen Kämpfe geliebten sächsischen Landesangehörigen in Leipzig erstellt.

#### § 175.

Leipzig, 19. April. Hier haben mehrere aufsehenerregende Verhaftungen stattgefunden, die sich auf den § 175 St.-G.-B. stützen. Der eine der Verhafteten ist ein hiesiger Kommerzienrat, ein anderer das Mitglied einer bekannten Buchhändlerfamilie. Auch einige Waffengeneratoren sind verhaftet worden, die von anderer Seite mit Entwerfungsbriefen an die Herren geschickt worden waren. Ferner sollen mehrere Handelshochschüler in die Affäre verwickelt sein. Die Polizei hält sich vollständig in Schweigen und gibt über die Angelegenheit und die Namen der Verhafteten keine Auskunft.

#### hoc anno nihil.

Vom Eichsfelde, 17. April. Wie man sich die Besucher fernhält ohne Takt und gute Sitte zu verstehen, dies langweiligste Rezept hat ein eichsfeldischer Dorfpfarrer gefunden. Auf dem Eichsfelde ist es Brauch, die Namenstage festlich zu begehen. Der gute und nicht nur bei seinen Gemeindegliedern, sondern auch bei seinen Amtsbürgern sehr beliebte Ortspfarrer in Leistungen hatte nun im vorigen Jahre die Ehre, nicht weniger als 36 seiner Kontraktors als Namenstagegratulantien bei sich zu empfangen. 36 Tischgäste verzehren schon etwas und in jedem Jahre kann sich ein Landpfarrer solchen Luxus nicht gestatten. Was tut nun unser Pfarrer, um den Segen eines allzu zahlreich besuchenden an seinem bevorstehenden Namenstage fernzuhalten? Er erläßt in der Zeitung folgendes Inserat

„De Sancto Wernerio hoc anno nihil! Leistungen, den 14. April 1910.“

G., parochus.“

Woh: am diesjährigen Werner-Tage (am 19. April) gibt's kein Pfarrer G. in Leistungen nichts!

Hildburghausen, 19. April. Professor Dr. Hertel, der Gründer des Kunstgewerksinstituts, ist heute morgen gestorben.

#### Ordnungsverordnungen in der Provinz.

Konfessionalschule a. D. Rechnungsrat Karl Hilbert in Hildburghausen erhielt den Posten Vier-Orden 2. Klasse mit Schloße, Lehrgang a. D. Gottlob Fritsch zu Hildburghausen a. S. den Vater der Inhaber des Raf. Hausorden von Hohenzollern, Preisrichter Friedrich Schulz zu Schinne im Landkreis Stendal das Allgemeine Ehrenzeichen.

Kalbe, 19. April. (Spargel) soll bereits in hiesiger Gegend geblüht sein, und zwar am Sonntag in Wispitz.

Bad Kösen, 19. April. (Im Getriebe zermalmt.) Der 20jährige Arbeiter Karl Spillmeier fiel heute in der Zementfabrik der Sächsisch-Thüringischen Aktiengesellschaft für Kalkfeinmahlung in den Einfallsrichter der Steigerfeinmahlungsmaschine und wurde zermalmt. Man wurde auf den Unfall erst aufmerksam, als die Maschine stehen blieb. Der Verunglückte hinterläßt eine Ehefrau und vier Kinder im Alter von 4 bis 1/2 Jahr.

Kottbus, 19. April. (Gefährliches Spielzeug.) Der 12jährige Fritz Ruffner von hier fand im Garten Batzonen, wovon eine beim Herumspielen explodierte und dem Knaben die Hände daran verletzte, daß von der linken Hand vier Finger bis zur Hälfte abgerissen und an der rechten fünf Finger vermerdet wurden. Der Knabe wurde ins Stolberger Krankenhaus gebracht. Es ist übrigens noch nicht festgestellt, wie die vielen ganz neuen Batzonen in den Garten gelangt sind.

(?) Geeln, 18. April. (Das Motorrad in Flammen.) Ein auswärtiger Motorradfahrer hatte sein Rad reparieren lassen und befand sich auf dem Heimwege. Bei der Schräggrabenbrücke erkrankte der Motor und das Rad stand im Fluß in Flammen. Der Fahrer sprang ab und ließ sich ins Gras stürzen, den Motor abzuschleppen, wobei er sich die linke Hand ziemlich stark durch brennendes Benzin verletzte. Bald darauf ging das Rad einer Feuerfalle. Nur dem total verbrannten Rad dürfte außer allem Eichen nichts weiter übrig geblieben sein.

Wernitz, 18. April. (Trappen.) In diesem Frühjahr wurden an den Grenzen der weiten Feldmarken Rastplätze, Benuweg, Düstau, Lohau öfter Trappen beobachtet. Das Wild kam der Fröhringstung nach aus SO. und SW.; vor 20 Jahren gehörte es hier nicht zu Seltenheiten und wüthete hier, so daß öfter bis 40 Stück dieser scheuen Vögel geschötzt und wiederholt Bruchstücke erbeutet wurden. Von jener Zeit an sind sie jedoch immer seltener geworden und seit einigen Jahren ganz verschwunden. Man erklärt das damit, daß durch das Rehwild, welches in den Feldmarken überhand nahm, die Ruhe gestört wurde, und die Trappen die Nester verließen.

Minsdorf, 19. April. (Tödliehe Brandwunden.) Hier kam ein jägriges Mädchen, das sich ein Loch wollte, dem Feuer zu nahe. Die Kleider fingen Feuer; brennend lief das Kind auf die Straße und wälzte sich in der Gasse. Herbeieilende Leute konnten leider nur zu spät die Flammen erlöchen. Der Arzt gab keine Hoffnung auf Erhaltung des Lebens. Das Kind wurde in die Halle'sche Klinik geschafft, wo es aber bald nach dem Eintreffen starb.

Mischrods, 19. April. (Das Ende des Prozesses.) Weil ein Inbegriff mit Lebenskraft gefährlicher Prozeß um einen schmalen Streifen Land bezüglich seiner Angewandtheit entschieden werden ist, hat sich der Inbegriff mit seinem Sachwalter das Leben genommen. Demnach der Selbstmord logisch erbeutet worden, bleiben die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Hofles, 19. April. (Sturz von der Leiter.) Am Montag verunglückte der Renteneinpfänger Kroppe dadurch, daß er ohnmächtig von einer Leiter in die Tiefe stürzte. Der Bedenkenwerte hat bei dem Sturz den linken Oberarm gebrochen sowie die Schlüsselbein ausgerenkt, außerdem hat er verschiedene Glieder verstaucht.

Barleben, 19. April. (Ertrunken aufgefunden) wurde heute morgen der niemals vorbestrafte Arbeiter Steiger von hier. Wie dem „Volksrit. Anz.“ mitgeteilt wird, hat Steiger dem jetzt vom Militär entlassenen Sohn des Dachbedeckers Götze aufgelauert und ihn überfallen. Der junge G. hat ihn dann in der Notwehr erstochen.

Quedlinburg, 19. April. (Der Hallen'sche Komet.) Der jetzt der Sonne am nächsten steht, war heute früh in der Zeit von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr sehr gut zu sehen. Er zeigte sich direkt über der noch unsichtbaren Sonne als gelber Fleck, dessen Licht sich prächtig von dem dunkelroten Scheine der Sonne abhob. Der lange Schweif stieg immer mehr am Mittlichen Himmel empor und zeigte sich noch um 5 1/2 Uhr, als das Kernlicht des Kometen schon längst von dem Sonnenlicht verdrängt worden war.

Wienburg, 14. April. (Guten Summe) scheint hier eine Frau zu besitzen, die, obwohl sie sich anheimeln in einer nicht gerade ruhigen Gegend befindet, es nicht unterlassen kann, sich auf des Begriffs „Nähen zu schenken, um ihren Mann eine gewisse Wohlwolligkeit zu gewinnen. Wie schon in Nr. 48 der „Wienburger Nachrichten“, Erwiderung. Dieser Mann hat ohne Sorgen, auf seinen Namen wird mit keiner etwas borgen; erst wenn sie kennt ihn und Kind erzählen, wird man auch die Kredit gewähren! Frau Gamsche, geb. Kühne.“

Arnstadt, 18. April. (Krise im Turm.) Vor einiger Zeit wurde große Risse in den beiden Türmen der Klosterkirche beobachtet. Daraufhin hat eine Sachverständigenkommission, in der sich auch Geh. Baurat Wittkop aus Darmstadt befindet, jetzt die Sachlage geprüft. Die Untersuchung hat kein erfreuliches Resultat gezeigt. Es besteht nämlich für beide Türme, besonders für den Nordturm, Einsturzgefahr. Sie wird nicht durch das Weichen des Fundaments hervorgerufen, sondern durch das Mauerwerk selbst. Man war erst der Ansicht, daß man den Turm abtragen müsse. Jetzt ist man aber der Überzeugung, daß man sich mit Verankerungen behelfen kann.

Greiz, 19. April. (Landjägerhaus.) Die Generalverammlung des Landarmenverbandes für das Fürstentum Reuß a. L. beschloß, ein Landarmen- und Siedehaus zu errichten. 125 000 Mark liegen bereits zur Verfügung. Die Ansätze wird auf einem von der Stadt Zeulenroda unentgeltlich zur Verfügung gestellten Platz errichtet.

Eisenach, 19. April. (Kein Kaiserbesuch.) Wie jetzt endgültig feststeht, wird weder die kaiserliche Familie, noch der Kaiser dem großherzoglichen Paare aus Anlaß der Einigungsfeierlichkeiten einen Besuch auf der Wartburg abstatten.

Kulmbach, 18. April. (Vereinigung der Seminare.) Wie verlautet, trägt sich unsere Regierung mit der Absicht, die beiden Seminare in Kulmbach und Sondershausen zu vereinigen und nach Arnstadt zu verlegen. Der Verlust des Seminars würde unsere Stadt empfindlich treffen.

Spitze eines Offiziersbegens zogen. Er zog diesen heraus und fand noch eine Menge anderer Gegenstände, wie Militärrevolver und Teile von Gewehren und Maschinengewehren neueren Modells, welche sorgfältig, um sie vor dem Waschen zu schützen, in Oelbälgen gewickelt waren. Der Mann war noch mit dem Herausziehen der Gegenstände beschäftigt, als sich ihm ein anderer näherte und für die Überlieferung des Fundes 5 Mark bot. Während dieser Verhandlung kamen zwei Offiziere des hiesigen 2. Inf.-Regts. Nr. 32 dazu und erkannten in dem Käufer, der, wie sich herausstellte, die Effekten dort verfertigt hatte, den Bischofsmagier des 2. Bataillons des 32. Inf.-Regts. Sie verhafteten ihn sofort.

### Letzte Nachrichten.

#### Einigung im Berliner Baugewerbe in Sicht!

H. Berlin, 20. April. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins hat folgenden Schiedspruch gefällt: Gemäßliche Bauarbeiter erhalten ab 1. August 1910 eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig die Stunde. Vom 1. Oktober 1911 an eine weitere Lohnerhöhung von zwei Pfennig die Stunde. Die Einschläger erhalten zu den gleichen Terminen die gleiche Lohnerhöhung. Es besteht auf beiden Seiten die Genehmigung, den Schiedspruch anzunehmen. Bis Sonnabend mittag muß die Antwort der betreffenden Organisationen beim Gewerbeamt eingegangen sein.

#### Ausperrung und öffentliche Bauten.

H. München, 20. April. Wie die „Münchener N. N.“ melden, hat heute im Vernehmlichkeitsamt eine Sitzung mit der Vertrauensmännerkommission der Arbeitgeber im Baugewerbe statt. Es wurde zugestanden, daß die Arbeiten, deren Ausführung im öffentlichen Interesse liegt, fertig gestellt werden dürfen.

#### Luftschifferparade vor dem Kaiser.

H. Frankfurt a. M., 20. April. Wie man dem „Frankf. General-Anzeiger“ meldet, ankerte der Kaiser gestern bei der Mittagstafel, daß er für Donnerstag die drei in Köln stationierten Militärluftschiffe „Zeppelin III“, „Z. II“, „Z. II“, in Homburg erwarbe, wo er eine Besichtigung der Fahrzeuge vornehmen wolle. Die Luftschiffe sollen vor Tagesanbruch Köln verlassen und voraussichtlich gegen 11 Uhr vormittags in Homburg eintreffen. Doch ist der genaue Zeitpunkt der Ankunft noch nicht bestimmt. Ob eine Landung stattfinden wird, hängt von einer Ortschaftsitzung ab, die heute im Laufe des Tages von Luftschiffoffizieren vorgenommen wurde. Ein Teil des Luftschiffer-Bataillons ist bereits in Homburg eingetroffen.

#### Ein deutscher Briespanzer.

H. Wilhelmshaven, 20. April. Das Linien Schiff „Khetzland“ wird als dritter deutscher Dreadnought am 30. April unter dem Befehl des Kapitäns Hopmann in Dienst gestellt.

#### Die Stimmung in Frankreich und Iswolskis Kundreise.

W. Paris, 20. April. Die Mehrzahl der Pariser Blätter beobachtet Reserve bezüglich des Inhalts der zwischen Bichon und Iswolski stattgefundenen Unterredung. Nur im „Journal“ findet sich die Versicherung, daß die beiden Staatsmänner keine den Frieden in Europa gefährdende Politik planten, und daß Iswolski keinen Anlaß haben werde, bei seiner Rückkehr nach Petersburg den Weg über Berlin zu nehmen. Im übrigen ist man in diplomatischen Kreisen der Auffassung, daß Frankreich die Teilnahme französischen Kapitals an einer persischen Anleihe nur unter der Voraussetzung gutheißen könne, wenn sich internationale Schwierigkeiten daraus nicht ergeben. In den französischen Finanzkreisen prüft man indessen die Gesamtlage der in Persien, sowie in der Türkei mit Aussicht auf Erfolg zu unternehmenden Geschäfte, bescheiden die Möglichkeit des Zusammengehens mit den Kapitalgruppen anderer Staaten. (Siehe auch den heutigen Leitartikel!)

#### Unwetter in Serbien.

H. Belgrad, 20. April. Im innern Serbien herrscht ein furchtbares Unwetter. Die Städte Ragugama und Schemadja sind durch einen Wollenbruch vollständig überflutet. Der Schaden beträgt die Millionen. Mehrere Fabriken, Kasernen, ein Krankenhaus, eine Kanonenfabrik, mehrere Staatsgebäude wurden durch das Unwetter zerstört. Die Telefon- und Telegraphenleitungen sind unterbrochen. Das Wasser führt Teile zerstörter Häuser, Getreidevorräte und Leichen von Menschen und Vieh mit sich. Der König ver sprach sofortige Hilfe und spendete selbst eine größere Summe.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht und Sonst.: Eugen Brinmann; für Ausland, Briefe Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Böldorn; für das Neueste: Paul Schumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruhat; Druck u. Verlag von Otto Sündel, Gmünd in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich Unterzahlungsblatt.



